

2. Dezember 2020, Nr. 141/2020

Neuer US-Präsident Biden: Hoffnungsträger für die Klimapolitik?

DBU-Online-Salon mit hochkarätigen Gästen –
Schon mehr als 200 Anmeldungen

Osnabrück. Selten zuvor hat die Wahl eines neuen US-Präsidenten eine solche Euphorie in der internationalen Klimapolitik ausgelöst wie jetzt das Votum für Joe Biden und seine designierte Stellvertreterin Kamala Harris. Aber sind die Hoffnungen berechtigt? Und: Bedeutet Biden die Rückkehr zur Devise „Make Climate Great Again?“ Diesen und anderen Fragen widmet sich der nächste DBUdigital Online-Salon der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) morgen, 3. Dezember, von 18 bis 19:30 Uhr – mit hochkarätigen Gästen und unter Moderation von DBU-Generalsekretär Alexander Bonde. Mehr als 200 Teilnehmende haben sich bereits registriert, weitere Anmeldungen sind möglich.

Der DBUdigital Online-Salon ist in Zeiten der Coronapandemie mittlerweile zu einem echten DBU-Markenzeichen geworden – geboren aus der Idee, frische Impulse für aktuelle Debatten in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zu liefern, noch dazu mit herausragenden Gästen und Persönlichkeiten. Zu den heiß diskutierten Themen zählt in diesen Tagen der Ausgang der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten von Amerika – und die möglichen Auswirkungen auf die globale Klimapolitik. Denn nach langer Hängepartie steht fest, dass Joe Biden neuer und 46. Präsident der USA wird.

John Kerry künftiger US-Sonderbeauftragter für Klimapolitik

Weltweit große Erwartungen an eine Neuausrichtung beim Klima-, Umwelt- und Artenschutz weckte Biden mit der Nominierung John Kerrys zum künftigen US-Sonderbeauftragten für Klimapolitik – und seiner Ankündigung, den von seinem Vorgänger Donald Trump vollzogenen Austritt aus dem Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 rückgängig zu machen. Über mögliche Folgen dieses Machtwechsels debattieren morgen Bastian Hermisson, der Büroleiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington DC, Dr. Brigitte Knopf, die Generalsekretärin des wissenschaftlichen Think Tanks „Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC)“, sowie Prof. Dr. Dirk Messner, der Präsident des Umweltbundesamtes (UBA).

UBA-Präsident: Der amerikanische Alleingang wird ein Ende haben

UBA-Präsident Messner stimmen die ersten Signale Bidens hoffnungsfroh: „Der angekündigte Wiedereintritt der USA in das Übereinkommen von Paris

Kontakt:

Klaus Jongbloed
- Pressesprecher -
Kerstin Heemann
Sophie Scherler
Jessica Bode

DBU:

An der Bornau 2
49090 Osnabrück
0541|9633-521
0171|3812888
presse@dbu.de
www.dbu.de

ist ein wichtiger Schritt, um die Klimaschutzziele noch zu erreichen. Ich bin zuversichtlich, dass der amerikanische Alleingang innerhalb der G7 und G20 mit der neuen Administration ein Ende haben wird.“ Nach Messners Ansicht erwächst aus dieser Erkenntnis aber zugleich eine gewisse Verpflichtung: „Das Thema Subventionsabbau für fossile Energieträger und internationale Anstrengungen für einen angemessenen CO₂-Preis könnten gemeinsame Anstrengungen der EU und USA werden.“ DBU-Generalsekretär Alexander Bonde sieht in der Wahl Bidens und Harris` eine „vollkommen neue, positive Lage“ für die weltweite Klimapolitik. Ein neugewählter US-Präsident allein sei jedoch noch keine Lösung der Klimakrise. Es müsse jetzt darum gehen, „wo die Europäische Union und Deutschland gemeinsam mit den USA in der internationalen Klimapolitik voranschreiten können“, so Bonde. „Wir müssen uns hierzulande fragen, welche Hausaufgaben wir dabei selbst zu bewältigen haben und mit welchen konkreten Strategien wir Biden und die USA in den aktiven, internationalen Klimaschutz einbinden und unterstützen können.“

„Verstärkt über einen Preis für den Ausstoß von Kohlendioxid reden“

Dass es nicht ausreicht, sich beim Klimaschutz allein auf die Vereinigten Staaten zu verlassen, gibt auch MCC-Generalsekretärin Knopf zu bedenken. Entscheidend werde sein, „was Biden tatsächlich von seinen Klimaplänen umsetzen kann“. Für Knopf steht im Übrigen fest, lediglich ein maximales Erderwärmungsziel von 1,5 oder 2 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu formulieren, zeitigt noch keine Erfolge. Knopf: „Wir müssen deshalb verstärkt über einen Preis für den Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) reden.“ Es sei aber „ein erster guter Schritt“, dass in Deutschland die CO₂-Bepreisung im Wärme- und Verkehrssektor ab 2021 mit einer Kalkulation von 25 Euro pro ausgestoßener Tonne CO₂ starte.

Schwerer Schaden für die Demokratie

Der Washingtoner Büroleiter der Heinrich-Böll-Stiftung weist unterdessen auf die politischen Altlasten hin, die Biden von seinem Vorgänger Trump erben wird. Bastian Hermisson: „Unter der Trump-Präsidentschaft hat die Demokratie in den Vereinigten Staaten schweren Schaden erlitten – auch befeuert durch die Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft. Was wir hier erleben, ist im Grunde die Geburt von zwei Parallelwelten – basierend auf unterschiedlichen Faktenlagen in einem jeweils separaten Medien-Universum.“ Das heiße auch: „Es gibt keine gemeinsame Grundlage für einen politischen Diskurs, weder innerhalb der Zivilgesellschaft noch unter den demokratischen Institutionen bis hin zu den Medien.“ Mithin: eine schwere Bürde für eine wirksame Klimaschutzpolitik.

Massive Zunahme an Extremwetter-Ereignissen in den USA

Was Hermisson Mut macht: Die US-Bevölkerung signalisiere „große Unterstützung“ für die Entwicklung erneuerbarer Energien und nachhaltiger Infrastruktur. Selbst die Mehrheit der Republikaner, also der Trump-Partei, erkenne, „dass die Zukunft der Energiewirtschaft den erneuerbaren Energien und im Verkehrssektor der Elektromobilität gehört“. Nach Hermissons Worten hat die „massive Zunahme an Extremwetter-Ereignissen“ in den USA – wie etwa die Hurrikans an der Golfküste, Waldbrände im Westen, Überflutungen im Mittleren Westen des Landes – zu einem größeren Bewusstsein für das Thema Klimawandel in den Vereinigten Staaten beigetragen. Hermisson: „Ähnlich wie in Europa die

Aktivistinnen und Aktivisten von Fridays for Future erweisen sich in den USA mehr und mehr Jugendbewegungen als treibende Kraft politischer Veränderungen.“ Aufmerksamkeit erregte dort besonders das „Sunrise Movement“, ein Zusammenschluss junger Menschen – „übrigens nicht nur im Kampf gegen den Klimawandel, sondern auch gegen soziale Ungerechtigkeit und Rassismus“, so Hermisson. Diese gesellschaftliche Entwicklung werde von dem in den USA politisch anvisierten „Green New Deal“ widergespiegelt: Das Vorhaben sehe einerseits enorme Investitionen in nachhaltige Infrastruktur auf allen Ebenen vor, sei andererseits „zugleich gekoppelt mit einer sozialpolitischen Komponente sowie der Auseinandersetzung mit Rassismus und systematischer Diskriminierung von bestimmten Bevölkerungsschichten“.

Lebenswirklichkeit der US-Bevölkerung teils dramatisch verändert

Mit Blick auf die US-Klimapolitik stimmen drei Faktoren optimistisch, so Hermisson. Positiv sei etwa „die Dynamik der amerikanischen Wirtschaft, die sich die Minderung von Emissionen zum Ziel gesetzt hat“. Die Biden-Präsidentschaft könne diese Transformation noch beflügeln. Außerdem traue er der künftigen US-Regierung zu, Klimapolitik in allen Ministerien oben auf die Agenda zu setzen. Dafür spreche die Ernennung John Kerrys zum US-Sonderbeauftragten für Klimapolitik. Und drittens? Die Einstellung innerhalb der Bevölkerung wandle sich rasant, weil deren Lebenswirklichkeit sich wegen der Folgen des Klimawandels teils dramatisch verändere oder gar schon verändert habe. Hermisson: „Plötzlich fragen sich die Menschen: Wo kann ich noch mein Haus bauen? Was kann ich als Landwirt noch pflanzen?“

Für eine interessante Debatte im DBUdigital Online-Salon dürfte gesorgt sein. Wer dabei sein möchte, kann sich noch anmelden: https://www.dbu.de/550artikel38838_2440.html

Lead 666 Zeichen mit Leerzeichen
Resttext 6.774 Zeichen mit Leerzeichen

Fotos nach IPTC-Standard zur kostenfreien Veröffentlichung unter www.dbu.de

Wann immer das generische Maskulinum verwendet wird, dient dies lediglich der besseren Lesbarkeit. Gemeint sein können aber alle Geschlechter.